



**Einheitsgemeinde  
Märstetten**

# **KANALISATIONS- REGLEMENT**

**DER**

**POLITISCHEN GEMEINDE  
MÄRSTETTEN**

## INHALTSVERZEICHNIS

### Kanalisationsreglement der Politischen Gemeinde Märstetten

Art.		Seite
<b>A</b>	<b>Allgemeines</b>	1 - 2
1	Grundsatz	1
2	Begriff der Erschliessungsanlagen	1
3	Begriff der Anlagekosten	1
4	Sicherstellung und Verzinsung	2
5	Stundung	2
6	Sonderregelung	2
7	Zuständigkeiten (fakultativ)	2, 3
8	Rechtsmittel	3
<b>B</b>	<b>Erschliessungsbeiträge</b>	3 - 6
9	Grundsatz der Beitragspflicht	3, 4
10	Bemessungsgrundsätze	4
11	Anteil der Gemeinde	4
12	Massgebende Kosten	5
13	Massgebliche Grundstücksfläche	5
14	Erschliessung von mehreren Seiten	5
15	Schuldner / Fälligkeit der Beiträge	5
16	Verfahren	6
<b>C</b>	<b>Anschlussgebühren</b>	6 - 7
17	Gegenstand	6
18	Gebührenpflicht, Schuldner	6, 7
19	Bemessungsgrundlagen, Gebührenhöhe	7
20	Fälligkeit	7
<b>D</b>	<b>Wiederkehrende Gebühren</b>	7 - 8
21	Gegenstand	7
22	Schuldner Gebührenpflicht	7
23	Bemessungsgrundlagen, Gebührenhöhe	7, 8
24	Fälligkeit	8
<b>E</b>	<b>Ersatzabgaben</b>	8
25	Grundsatz	8
26	Höhe der Abgaben, Verwendung	8
27	Rückerstattung der Ersatzabgaben	8
28	Verfahren, Fälligkeit	8
<b>F</b>	<b>Schlussbestimmungen</b>	9
29	Inkrafttreten	9
30	Ausserkrafttreten bisheriger Erlasse	9

## **I. GESETZLICHE UND TECHNISCHE GRUNDLAGEN**

Gestützt auf die bundes- und die kantonale Gewässerschutzgesetzgebung sowie der weiteren, übergeordneten Verordnungen, Reglemente und Vorschriften, erlässt die Politische Gemeinde Märstetten, nachfolgend Gemeinde genannt, das nachstehende Kanalisationsreglement:

Soweit in diesem Reglement nicht festgelegt, sind dabei folgende Grundlagen verbindlich:

- Normenwerk und Richtlinien des Verbandes Schweizerischer Abwasserfachleute(VSA)
- Normenwerk des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA) inbezug auf die Kanalisationen
- Organisationsreglement des Abwasserverbandes Märstetten
- Genereller Entwässerungsplan (GEP) der Gemeinde Märstetten

## **II. BAU, BETRIEB, UNTERHALT UND ERNEUERUNG DER ÖFFENTLICHEN ABWASSERANLAGEN**

<b>Aufgaben der Gemeinde</b>	Art. 1	Die Politische Gemeinde Märstetten baut, betreibt, unterhält und erneuert die zur Ableitung und Reinigung von Abwässern aus öffentlichen und privaten Grundstücken notwendigen Abwasseranlagen nach Massgabe der Bestimmungen dieses Reglements.
<b>Geltungs- bereich</b>	Art. 2	Dieses Reglement findet auf dem gesamten Gebiet der Gemeinde Anwendung.
<b>Abwasser- verband</b>	Art. 3	Die Gemeinde ist Mitglied des Abwasserverbandes Märstetten. Dieser erstellt, betreibt, unterhält und erneuert die zentrale Abwasserreinigungsanlage ARA sowie die zugehörigen Verbandskanäle und Spezialbauwerke gemäss seinem Organisationsreglement.
<b>Projektierungs- grundlage</b>	Art. 4	Die Projektierung der Kanäle und Spezialbauwerke hat im ganzen Gebiet der Gemeinde auf der Grundlage des gültigen GEP zu erfolgen.



- |  |         |   |
|--|---------|---|
| <b>Sonderfälle<br/>und Befreiung<br/>von der An-<br/>schlusspflicht</b>          | Art. 10 | Die im Eidg. Gewässerschutzgesetz vom 24.01.1991 aufgeführten Art. 12 und 13 finden sinngemäss Anwendung.   |
| <b>Einzelan-<br/>schlüsse</b>  | Art. 11 | Jedes an die Kanalisation anzuschliessende Grundstück ist in der Regel für sich und ohne Benützung fremder Grundstücke zu entwässern.   |
| <b>Gemeinsame<br/>private An-<br/>schlüsse</b>                                   | Art. 12 | Werden für mehrere Grundstücke gemeinsame Kanalisationen bewilligt oder wird fremdes Grundeigentum beansprucht, so haben die Beteiligten vor Baubeginn die daraus entstehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten (Durchleitungsrecht, Erstellung, Unterhalt, Erneuerung und Kostenteiler) mit Eintragung im Grundbuch rechtsgültig zu regeln und sich darüber bei der Gemeindebehörde auszuweisen. Das Durchleitungsrecht ist im Sinne der einschlägigen Bestimmungen zu gewähren. Die Gemeindebehörde kann solche gemeinsame Anschlussleitungen zu Lasten der Beteiligten erstellen lassen. |
| <b>Erstellung,<br/>Unterhalt und<br/>Erneuerung<br/>privater Lei-<br/>tungen</b> | Art. 13 | Private Anschlussleitungen, die zur Erschliessung eines Grundstückes gehören, sind von deren Eigentümern nach den Bau- und Betriebsvorschriften der Art. 21 bis 26 durch Fachleute zu erstellen, zu unterhalten und zu erneuern.  |
| <b>Anschluss<br/>von weiteren<br/>Leitungen</b>                                  | Art. 14 | Die Gemeindebehörde ist berechtigt, an genügend dimensionierte private Anschlussleitungen weitere öffentliche oder private Leitungen anschliessen zu lassen. Sie kann über die Entschädigung für die Mitbenützung der Anschlussleitung und über die Beteiligung an deren Unterhalt und Erneuerung vermitteln.   |

#### IV ART DER ABWÄSSER, ENTWÄSSERUNGSSYSTEME

- Begriff des Abwassers** Art. 15 Unter Abwasser im Sinne dieses Reglementes wird alles von einem Grundstück und den darauf erstellten Bauten ober- und unterirdisch abfliessende verschmutzte und unverschmutzte Wasser verstanden.
- Entwässerungssysteme** Art. 16 Es wird bei der Liegenschaftsentwässerung unterschieden zwischen Mischsystemen, reduzierten Mischsystemen und Trennsystemen. Die Art der Liegenschaftsentwässerung wird im GEP bestimmt.
- Mischsystem** Art. 17 1 Bei Entwässerung im Mischsystem werden Schmutz- und Regenwasser im gleichen Kanal abgeleitet. Die separate Ableitung von unverschmutztem Abwasser in Sauberkanäle, Bäche oder Versickerungsanlagen kann, sofern technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar, durchgeführt werden.
- Reduziertes Mischsystem** 2 Bei Entwässerung im reduzierten Mischsystem werden Schmutzwasser und teilweise Regenwasser im gleichen Kanal abgeleitet. Angeschlossen wird das verschmutzte Regenwasser. Das nicht verschmutzte Abwasser ist separat in Sauberkanäle, Bäche oder Versickerungsanlagen abzuleiten.
- Trennsystem** 3 Bei Entwässerung im Trennsystem werden die Schmutz- und Regenwasser getrennt abgeleitet. Über die Ableitung und Reinigung von verschmutztem Regenwasser entscheidet die kantonale Fachstelle im Einzelfall. Das nicht verschmutzte Abwasser ist separat wie Abs. 2 abzuleiten.
- Retention** 4 Die im GEP festgelegten Regenabflusskoeffizienten dürfen nicht überschritten werden. Eine Reduktion auf den festgelegten Wert kann mit Rückbehaltung (Retention) verlangt werden. Der Regenabflusskoeffizient stellt das Verhältnis zwischen dem in der Kanalisation abfliessenden zum niederfallenden Regenwasser, bezogen auf eine bestimmte Fläche, dar.

**Ableitungsbe-  
schränkungen**

- Art. 18
- 1 Für die Beschaffenheit abzuleitender Abwässer sind die entsprechenden Verordnungen des Bundes verbindlich, speziell diejenigen des Bundesrates über Abwassereinleitungen.
  - 2 Das dem Kanalisationsnetz zuzuleitende Abwasser muss so beschaffen sein, dass es weder die Anlageteile der Kanalisation und der ARA schädigt noch deren Betrieb und Unterhalt beeinträchtigt.
  - 3 Insbesondere ist es verboten, folgende Stoffarten der Kanalisation zuzuleiten:
    - a) Gase, Dämpfe und stark geruchbildende Konzentrate;
    - b) giftige, radioaktive, feuer- oder explosionsgefährliche, Stoffe sowie Farbkonzentrate und Lösungsmittel;
    - c) Abwasser aus Aborten ohne Spülung, Jauche aus Ställen, Mistwürfen und Komposthaufen sowie Abflüsse aus Futtersilos;
    - d) Sand, Schutt, Kehricht, Asche, Schlacken, Garten- und Küchenabfälle, Metzgereiabgänge, Metall, Holz, Textilien, Ablagerungen aus Schlammsammlern, Klärgruben, Fett-, Ölabscheidern und anderes mehr;
    - e) dickflüssige und schlammige Stoffe;
    - f) Öle, Fette, Bitumen und Teere;
    - g) Flüssigkeiten mit Temperaturen über 60°C; die Temperatur in der Kanalisation darf nach der Vermischung höchstens 40°C betragen;
    - h) Säure-, Salz- und alkalihaltige Flüssigkeiten.
  - 4 Fallen auf einer Liegenschaft grössere Abwassermengen stossweise an, so können Massnahmen zum Ausgleich des Abflusses in die öffentliche Kanalisation gefordert werden (z.B. Regenwasser grosser gefestigter Flächen).
  - 5 Nicht verunreinigtes Abwasser (dauernd oder periodisch fliessendes Brunnen-, Sicker-, Drainage- und Kühlwasser) muss von den Schmutz- und Mischwasserkanälen ferngehalten werden. Die Ableitung hat in offene Gewässer, Sauerwasserkanäle oder womöglich durch Versickerung zu erfolgen.
  - 6 In Gebieten mit Grund- und Quellwasserhorizonten darf der Wasserspiegel nicht durch Drainagen oder Sickerungen abgesenkt werden. Die Untergeschosse der Gebäude sind in solchen Fällen mit wasserdichten Wannen zu versehen.

- Industrielles und gewerbliches Abwasser*
- Art. 19 1 Für die Einleitung von Abwasser aus industriellen und gewerblichen Betrieben sind die entsprechenden Verordnungen der Bundesbehörde verbindlich.
- 2 Die Aufsicht über den Bau, den Betrieb und Unterhalt von industriellen und gewerblichen Abwasseranlagen obliegt der zuständigen kantonalen Fachstelle.

## **V. BAU- UND BETRIEBSVORSCHRIFTEN FÜR PRIVATE ABWASSERANLAGEN**

- Anpassung an Entwässerungssystem*
- Art. 20 Bei der Planung und Ausführung der Liegenschaftsentwässerung ist das übergeordnete Entwässerungssystem (Art. 17 Abs. 1 bis 4) zu beachten und anzuwenden.
- Zugänglichkeit*
- Art. 21 Die Abwasseranlagen müssen so angelegt werden, dass sie gut zugänglich und kontrollierbar sind.
- Entwässerung tiefliegender Räume, Pumpenanlagen*
- Art. 22 Aus tiefliegenden Räumen, die nicht mit natürlichem Gefälle entwässert werden können, ist das verschmutzte Abwasser auf Kosten und Gefahr des Eigentümers durch Pumpen der Kanalisation zuzuleiten.
- Materialien*
- Art. 23 Alle Abwasseranlagen müssen aus geeignetem und qualitativ einwandfreiem Material sein. Für sämtliche unterirdischen abwasserführenden Leitungen ist dichtes Rohrmaterial zu verwenden. Für die zu verwendenden Materialien sind die Zulassungsempfehlungen der Fachverbände zu beachten.
- Unterhalt der Entwässerungs- und Einzelklär- einrichtungen*
- Art. 24 Die privaten Abwasseranlagen, wie Kontrollschächte, Mineralölabscheider, Klärgruben, Leitungen und Sammler, müssen von deren Eigentümern ständig in gutem, betriebssicherem Zustand gehalten werden.



- Haftung der Eigentümer, Behebung von Mängeln*
- Art. 25
- 1 Der Eigentümer der Anlage haftet gegenüber der Gemeinde für jeden Schaden und Nachteil, der wegen fehlerhafter Erstellung, ungenügender Funktion oder mangelhaftem Betrieb und Unterhalt seiner Abwasseranlagen verursacht wird.
  - 2 Wer schädliche Stoffe im Sinne von Art. 19 in die Kanalisation einführt, kann überdies aufgrund des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) bestraft werden.
  - 3 Der Eigentümer ist verpflichtet, festgestellte Mängel an seinen Abwasseranlagen innert angemessener Frist auf seine Kosten fachgerecht zu beheben.
  - 4 Unterlässt er dies, so kann die Gemeindebehörde die Mängel auf Kosten des Eigentümers beheben lassen. Um Schäden zu verhüten, kann die Abnahme des Abwassers bis zur Behebung der Mängel verweigert werden.

## **VI. FINANZIERUNG**

*Finanzierung der öffentlichen Abwasseranlagen*

Art. 26

Die Kosten für den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung des öffentlichen Kanalisationsnetzes, der zentralen ARA und der weiteren Verbandsanlagen werden nach den Bestimmungen der Beitrags- und Gebührenordnung finanziert.

*Finanzierung der privaten Abwasseranlagen*

Art. 27

- 1 Die Kosten für den Bau, den Betrieb und Unterhalt sowie die Erneuerung der privaten Abwasseranlagen bis und mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation gehen zu Lasten der Eigentümer.
- 2 Übersteigen die Erstellungskosten das zumutbare Mass, so kann die Gemeinde Beiträge gewähren.

## VII. BEWILLIGUNGSVERFAHREN UND BEHÖRDLICHE KONTROLLE

- Aufsichtsrecht** Art. 28 Der Gemeindebehörde obliegt die Aufsicht über den Bau, den Betrieb, den Unterhalt und die Erneuerung der privaten Abwasseranlagen.
- Bewilligung** Art. 29 1 Für die Erstellung oder Abänderung einer privaten Abwasseranlage sowie für jede Änderung der Benützung und der Betriebsweise einer solchen ist vorgängig die schriftliche Bewilligung der Gemeindebehörde einzuholen.
- Gesuchsunterlagen** 2 Dem Gesuchsformular sind neben Angaben über Art und Herkunft der anzuschliessenden Abwässer vom Gesuchsteller und Projektverfasser unterzeichnete Pläne dreifach beizulegen, und zwar:
- a) Ein Situationsplan (nachgeführte Katasterkopie) der Liegenschaft im Massstab des Grundbuchplans mit Angaben der Strasse und Parzellenummer, der Lage des öffentlichen Kanals und der Anschlussleitung sowie vorhandener Werkleitungen.
  - b) Ein Kanalisationsplan (Gebäudegrundriss) im Massstab 1 : 50 oder 1 : 100. Dieser Plan muss enthalten: Sämtliche Anfallstellen unter Bezeichnung ihrer Art und der Apparateanzahl (wie Dachwasser, Bad-WC, Küchenabläufe, Waschküchen, Waschstellen, Gewerbe- und Industrieabwasser), ferner Lichtweite, Gefälle und Material der Ableitungen (Fallrohre und Grundleitungen), Angaben über Revisionschächte, Sammler, Gruben, Brunnen, Rückstauverschlüsse, besondere Entlüftungen sowie die Höhenkoten in Meter über Meer für Sohlen der Leitungen und Schachtdeckel.
  - c) In besonderen Fällen ein Längenprofil (im gleichen Massstab) der Leitungen und übrigen Anlageteile vom Fallstrang bis zum öffentlichen Kanal unter Angabe der Sohlen- und Deckelhöhen und der Sohlengefälle.
  - d) Pläne von allfälligen Abwasservorbehandlungsanlagen mit Beschrieb, Funktionsschema, Dimensionierungsberechnungen und allen erforderlichen Angaben.

- Baubeginn** 3 Mit den Bauarbeiten darf nicht begonnen werden, bevor das Projekt genehmigt ist. Projektänderung gegenüber bewilligten Plänen bedürfen einer neuen Bewilligung. Die erteilte Bewilligung erlischt, wenn innert Jahresfrist mit der Ausführung der Arbeiten nicht begonnen wird.
- Abnahme** Art. 30 1 Die erstellten Kanalisationsanlagen sind vor dem Eindecken einzumessen und der Gemeindebehörde zur Abnahme zu melden. Diese verfügt die Änderung vorschriftswidriger Ausführungen.
- Betriebskontrolle** 2 Die Anlagen dürfen erst nach behördlicher Kontrolle eingedeckt und in Betrieb genommen werden.  
3 Der Gemeindebehörde ist nach Abnahme und Vollendung der Ausführungsplan der Abwasseranlagen zweifach einzureichen.
- Spätere Kontrollen** 4 Die Gemeindebehörde ist berechtigt, die Abwasseranlagen jederzeit kontrollieren zu lassen und die Behebung von Missständen anzuordnen. Den beauftragten Organen ist der Zutritt zum Zweck der Kontrolle zu gestatten.  
5 Aus der behördlichen Mitwirkung kann keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehende Verantwortlichkeit der Gemeinde und ihrer Organe abgeleitet werden.

## **VIII. ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN, RECHTSMITTEL, INKRAFTSETZUNG**

- Bestehende Anlagen** Art. 31 Bestehende Abwasseranlagen, die den vorstehenden Vorschriften nicht in allen Teilen entsprechen, können mit Zustimmung der Gemeindebehörde auf Zusehen hin belassen werden, sofern diese in gutem Zustand sind und keine Gefährdung darstellen. Bei Umbau oder Erweiterung von Bauten und Abwasseranlagen sind die bestehenden Anlagen auf Kosten der Eigentümer den neuen Vorschriften anzupassen.
- Delegationskompetenz** Art. 32 Die Gemeindebehörde ist ermächtigt, ihr vorbehaltenen Aufgaben zur direkten Erledigung an Gemeindeangestellte oder private Fachstellen zu delegieren.

- Rechtsmittel** Art. 33 Gegen Entscheide der Gemeindebehörden kann innert 20 Tagen beim Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau Rekurs erhoben werden.
- Inkraftsetzung** Art. 34 1 Die Gemeindebehörde bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Kanalisationsreglements sowie der Beitrags- und Gebührenordnung nach deren Genehmigung durch die zuständige Gemeindeversammlung und den Regierungsrat des Kantons Thurgau.
- 2 Auf den gleichen Zeitpunkt wird das Kanalisationsreglement vom 27. September 1973 aufgehoben.

Das vorliegende Kanalisations-Reglement der Politischen Gemeinde Märstetten wurde von der Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde Märstetten am 24. August 1999 beschlossen.

Der Vice-Gemeindeammann

*Thomas Gerster*  
Thomas Gerster

Der Gemeindeschreiber

*Jürg Wiget*  
Jürg Wiget

~~Vom Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau wurde dieses Reglement genehmigt am.....~~

Vom Gemeinderat Märstetten wurde dieses Reglement in Kraft gesetzt auf den 01.10.1999.....

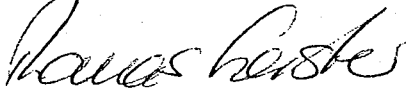
Vom Regierungsrate genehmigt mit  
RRB Nr. 832 vom 5.10.99



Genehmigungsvermerke:

Die vorstehende Gebührenordnung über die Verrechnung von jährlich wiederkehrenden Schwemmgebühren der Politischen Gemeinde Märstetten wurde von der Gemeindeversammlung der Politischen Gemeinde Märstetten am 24. August 1999 beschlossen.

Der Vice-Gemeideammann



Thomas Gerster

Der Gemeindeschreiber



Jürg Wiget

~~Vom Departement für Bau und Umwelt des Kantons Thurgau wurde diese Gebührenordnung genehmigt am~~

Vom Regierungsrat genehmigt mit  
RRB Nr. 832 vom 5.10.99



---

**Zur Information: Zur Zeit gültige Tarife**

Haushalte/Betriebe:

- mit Wasseruhr: Fr. 0.70/m<sup>3</sup>
- ohne Wasseruhr (pauschal) Fr. 120.00/Jahr
- Landwirtschaftsbetriebe (gem. Art. 4) Fr. 0.11/m<sup>3</sup>